Die GEW arbeitet ihre Geschichte auf

In der Buchveröffentlichung „Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933–1945“ von Saskia Müller und Benjamin Ortmeyer findet sich eine Fülle von Thesen, mit denen sich die GEW konfrontiert sieht sowie eine Reihe von Tatsachenbehauptungen, deren Kern entweder falsch oder unvollständig aufgearbeitet ist.

So wird die These vertreten, dass die Gleichschaltung der GEW-Vorläuferorganisationen 1933 mit dem NSLB eine „sogenannte“ war, da der NSLB „in weiten Teilen der Verbände auf große Bereitschaft zum Zusammenschluss“ stieß (S. 20). Ebenso wird die Hypothese aufgestellt, dass die GEW „mit ihrem Rechtsschutz und ihrem Gewicht zur Vertuschung der personellen Kontinuität der NS-Pädagogik beigetragen“ habe, ohne hierfür Belege anzuführen (S. 177). Zum Thema Immobilienübergabe vom NSLB an die GEW wird auf das Haus Ro 19 verwiesen, das der GEW Hamburg gehöre (ebd., 186). Darüber hinaus wird die Rolle des ehemaligen hamburgischen und Bundesvorsitzenden Max Traeger auf einer halben Seite abgehandelt und die Forderung erhoben, die GEW-eigene Max-Traeger-Stiftung umzubenennen (S. 186).

Falsch ist die Behauptung, die Geschäftsstelle der GEW in Frankfurt am Main heiße Max-Traeger-Haus. Gänzlich unerwähnt bleibt, dass die GEW Hamburg die Geschichte des Gebäudes Rothenbaumchaussee 19 aufgearbeitet hat, dieses 2013 zu einem günstigen Preis an das Jüdische Bildungszentrum Chabad e.V. verkauft und 400.000 Euro an die Jüdische Gemeinde in Hamburg gespendet hat. Im Buch wird stattdessen der Eindruck erweckt, dass sich die GEW Hamburg weiterhin im Besitz der Immobilie befinde.

In der letzten hlz veröffentlichten Bernhard Nette und Stefan Romey eine Rezension des Buches von Müller/Ortmeyer, worin insbesondere auf den Verkauf von Ro 19 eingegangen wird. Darüber hinaus wird die These, der GEW-Rechtschutz habe eine Renazifizierung betrieben, bekräftigt und festgestellt, dass „die 1945 entlassenen Lehrkräfte gefördert und unterstützt“ wurden. „Die Anträge auf Rechtsberatung zeigen ein eindeutiges Bild. NS-Belastete bilden die Mehrheit“. Belege zu dieser Behauptung von Müller/Orthmeyer sowie Nette/Romey liegen derzeit nicht vor.

Bis zum Gewerkschaftstag im Mai 2017 wird die GEW eine Vorstudie zur Geschichte der GEW in Auftrag geben und eine Studie zu Max Traeger vorlegen

Eine erste, grobe Durchsicht der Geschäftsberichte aus den Gründerjahren der GEW bis 1960 durch die Bundesebene der GEW hat nun gezeigt, dass der Rechtsschutz sehr ausführlich dargestellt wurde; dabei sind auch Verfahren zur Entnazifizierung im Einzelnen aufgeführt. Diese erste Übersicht legt die Vermutung nahe, dass nicht in nennenswertem Umfang Prozesse zur Entnazifizierung geführt oder unterstützt wurden. Hier besteht Forschungsbedarf, dem sich die GEW stellt.

Nach Sichtung bisheriger Veröffentlichungen durch den Historiker Jan Kellershohn wird die GEW Bund in Zusammenarbeit mit der GEW Hamburg jetzt renommierte, unabhängige Historiker_innen insbesondere für die Erforschung der Gründungsgeschichte der GEW und der folgenden Jahre gewinnen.

Die Literaturrecherche zeigt, dass sich die GEW seit vielen Jahren und an ganz unterschiedlichen Stellen mit ihrer Geschichte auseinandergesetzt hat. Die Übersicht macht aber auch deutlich, dass die Geschichte der GEW bis heute nicht systematisch aufgearbeitet worden ist. Dies wird nun angegangen.

Bis zum Bundesgewerkschaftstag im Mai 2017 wird die GEW bei noch zu suchenden Historiker_innen eine Vorstudie zur Geschichte der GEW in Auftrag geben. Die Fragestellungen werden bis dahin zwischen Bund und Landesverbänden geklärt und u.a. die erhobenen Vorwürfe zum Thema haben. Ausgelagert, um beim Bundesgewerkschaftstag Stellung nehmen zu können, wird eine Studie zu Max Traeger.

Für diese Studie konnte die GEW Hans-Peter de Lorent gewinnen. De Lorent war von 1990 bis 1996 Vorsitzender der GEW Hamburg und ist auf Grund seiner Forschungen in den letzten Jahren unbestritten der Fachmann für Fragen von NS-Täterprofilen.

Fazit: Die GEW will sich ihrer Vergangenheit stellen und ist auch bereit, Konsequenzen zu ziehen. Sie wird sich jedoch nicht durch falsche Vorwürfe und unsaubere Recherchen unter Druck setzen lassen. Wir werden die Forschungsresultate abwarten, diese ergebnisoffen diskutieren und bewerten und dann zu Schlüssen kommen.

ANJA BENSINGER-STOLZE,
FREDRIK DEHNERDT,
SVEN QUIRING
Vorsitzende der GEW Hamburg